

**Diskussionsbeitrag für die Tagung „In der Ferne so nah –
Soziale Politik für Berlin“ am 4.4.2009 im Rathaus Schöneberg**

Der Berliner Senat und seine gescheiterte Bildungspolitik

1. Einleitung

Dieser Beitrag möchte das Feld der Berliner Bildungspolitik skizzieren und kommende Konfliktfelder und Ansatzpunkte für eine soziale Politik in Berlin in der Bildungspolitik benennen.

Die Bildungspolitik ist bei den BerlinerInnen in ihrer Bedeutung stark gestiegen. In einer letzten Forsa -Umfrage im März 2009 über die wichtigsten Themen in der Landespolitik lag diese mit 24% auf dem zweiten Platz, noch vor der Sozialpolitik mit 17%, die auf Platz sechs dieser Umfrage landete. Dies wird bis 2011 aufgrund der Konfliktlage vermutlich so bleiben.

2. Grundsätzliches zu den Rahmenbedingungen der Bildungspolitik

Bildungspolitik ist in der Bundesrepublik Deutschland Sache der Bundesländer. Hier werden die wichtigen Entscheidungen getroffen. Als bildungspolitische Einrichtungen gelten Kindertagesstätten, Grundschulen, Sekundarstufe (7.-10. Klasse), Sekundarstufe 1 (Gymnasium 11. – 13. Klasse), Berufsschulen oder Oberstufenzentren und Hochschulen und Universitäten. Somit ist die Bildungspolitik ein Feld, wo sich der „Rot-Rote“ - Senat nicht mit seiner mangelnden Zuständigkeit herausreden kann. Er trägt hier für die Entwicklung in den letzten sieben Jahren die volle politische Verantwortung.

*** Das Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland reproduziert die sozialen Schichten. Eine Durchlässigkeit, bzw. der soziale Aufstieg oder die soziale Teilhabe durch Bildung, ist für den Einzelnen nur in Ausnahmen möglich.**

Insbesondere die PISA-Studie zeigt, dass im internationalen Vergleich die soziale Durchlässigkeit im deutschen Bildungswesen sehr gering ist. Ein PISA -

Ländervergleich von 2003 hat ergeben, dass in Bayern Akademikerkinder gegenüber Facharbeiterkindern bei gleicher Lesekompetenz und Mathematikkompetenz eine knapp 7-fach höhere Chance eines Gymnasialbesuchs hat (im Bundesdurchschnitt eine 4-fach höhere Chance).

*** Das Bildungssystem ist neben der Vermittlung von notwendigen Wissen und Kulturtechniken auch ein Auslezesystem, in dem über die Verteilung von sozialer und ökonomischer Teilhabe entschieden wird.**

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu betont die unbewusste und bewusste Weitergabe des individuellen und des Klassenhabitus' als Grundlage der sozialen Reproduktion. Er bezeichnet die unterschiedliche Verfügung über soziales und kulturelles, bzw. Bildungskapital, als Voraussetzung für die Übertragung der feinen Unterschiede zwischen den Menschen bezüglich Geschmack, Lebensstil und sozialem Status. Die soziale Reproduktion sieht er durch die individuelle und gesellschaftliche Sozialisation als eng determiniert an. Die Person inkorporiert die Ausdrucksweisen ihrer gesellschaftlichen Klasse und integriert sie individuell. Sozialer Wandel stellt für ihn eher die Ausnahme dar. Chancengleichheit ist eine Illusion. (Ergänzt nach Wikipedia „Reproduktion sozialer Schichten“)

*** Durch den Auslesecharakter der Schule über die Leistungsbewertung durch Zensuren existiert in der Schule ein „heimlicher Lehrplan“ der die Möglichkeiten und die Wirkung von Demokratisierung und anderen richtigen Schulreformen begrenzt.**

*** Es gibt eine starke Tendenz zum Ausstieg aus dem staatlichem Schulsystem und dem Besuch von Privatschulen.** In Berlin besuchten 2007 schon ca. 10% aller SchülerInnen Privatschulen.

3. Wichtige Zahlen zur Berliner Bildungspolitik

SchülerInnenzahlen

Im Schuljahr 2008/2009 besuchen rund 299.000 Jugendliche die allgemeinbildenden Berliner Schulen in den Klassen 1 – 13. und rund 96.000 Jugendliche die Berliner Berufsschulen. In den Modellrechnungen werden die Schülerzahlen in den nächsten 10 Jahren um 13000 sinken.

LehrerInnen

Es arbeiten an allen Berliner Schulen rund 28.000 LehrerInnen, davon 21300 Vollzeit und 6700 in Teilzeit.

Schulen in Berlin

In Berlin gibt es 784 Schulen, davon 96 Privatschulen. Von den 688 öffentlichen Schulen waren 379 Grundschulen, 51 Hauptschulen, 61 Realschulen, 46 Gesamtschulen, 93 Gymnasien. Hinzu kommen noch 40 Schulen bzw. Oberstufenzentren in der beruflichen Bildung.

Gymnasien

Fast jede/r zweite Berliner SchülerIn, ab der 7. Klasse, besucht ein Gymnasium.

Privatschulen

Zur Zeit des Antritts des rot-roten Senats im Jahr 2001 besuchten 21000 SchülerInnen eine Privatschule. Im Schuljahr 2008 waren es rund 31300.

Stundenausfall

Jede 10. Schulstunde wurde vertreten bzw. fiel aus (2,3%). Das liegt an der zu geringen Personalausstattung der Schulen mit in der Regel 101% Personal, so dass Ausfälle nicht aufgefangen werden können.

SchülerInnen mit Lehrmittelbefreiungen

In Berlin gibt es im Schuljahr 2008/ 2009 97064 SchülerInnen mit einer Lehrmittelbefreiung.

Schüler mit Lehrmittelbefreiung (Durchschnitt 32,5%):

Grundschule 37,3%

Hauptschule 61,7%

Realschule 38,1%

Gesamtschule 31,5%

Sonderpäd. Schulen 64,2%

SchülerInnen mit „nichtdeutscher Herkunftssprache“

Insgesamt 92105 SchülerInnen mit nichtdeutscher Herkunftssprache besuchen die allgemeinbildenden Schulen, das sind 30,9% aller SchülerInnen in Berlin. An den Privatschulen liegt der Anteil bei nur 13 %.

Diese SchülerInnen sind aber nach Bezirken und Schultypen sehr ungleich verteilt: In Mitte 66,2%, in Neukölln 56 % und in FH-Kreuzberg 53,4 %. Dagegen sind es nur 7,4% in Pankow, in Treptow-Köpenick 6,2% und in Marzahn-Hellersdorf 11,2%. Zu berücksichtigen wäre hier auch noch die Verteilung nach Stadtteilen (z.B. in FH-Kreuzberg, Neukölln und Mitte). An den Berliner Gymnasien sind es 19,2% und an den Hauptschulen 48,4%.

53668 SchülerInnen waren Lehrmittelbefreit und hatten eine nichtdeutsche Herkunftssprache. Das ist über die Hälfte.

SchulabgängerInnen

Im Schuljahr 2007/2008 verließen 10,1% der SchülerInnen ohne Abschluss die öffentlichen Schulen nach der 10. Klasse. An den Hauptschulen lag die Anzahl bei 28% und bei den Gesamtschulen bei 8%. In 90 % der Fälle führt dies dazu, dass auch keine Berufsausbildung abgeschlossen wird.

„Risikolagen“

Als Risikolagen für SchülerInnen werden im Berlin-Brandenburger Bildungsbericht 2009 das ökonomische, das soziale Risiko und das Risiko, das durch bildungsferne des Elternhauses entstehen kann, bezeichnet. Ein ökonomisches Risiko wird angenommen, wenn das Familieneinkommen unter 60% des durchschnittlichen Familieneinkommens liegt. Ein soziales Risiko wird prognostiziert, wenn kein Elternteil erwerbstätig ist und als bildungsferne liegt vor, wenn kein Elternteil über eine Berufsausbildung verfügt. In Berlin trifft 2007 eines dieser Merkmale auf 35% der Berliner SchülerInnen zu.

Armutrisiko ungleich verteilt

In der für die frühkindliche Bildung relevanten Gruppe von Kindern unter drei Jahren lag der **Anteil von Bedarfsgemeinschaften mit Hatz IV** für die Berliner Bezirke Neukölln, Marzahn-Hellersdorf und Mitte bei über 50%. Ebenfalls auch in FH – Kreuzberg bei den 10 – 15 Jährigen Kindern und Jugendlichen.

4. Politische Initiativen gegen die Bildungskrise in Berlin: Brandbriefe aus KiTas und Schulen an Bildungssenator Zöllner

Im vergangenen Jahr wurde das **Volksbegehren "KiTakinder und Bildung von Anfang an = Gewinn für Berlin"** vom Landeselternausschuss Berliner Kindertagesstätten (LEAK) initiiert. Es konnten über 66000 Unterschriften gesammelt werden. Durch die dort vorgeschlagenen Änderungen des Kindertagesförderungsgesetzes sollte

- *mehr Bildungszeit,*
- *eine intensivere Betreuung und Förderung,*
- *mehr Zeit für kindgerechte Bildungsplanung,*
- *qualifizierteres Personal und*
- *effizienteres Managen der Kitaarbeit*

verwirklicht werden. Doch der Rot-Rote Senat lehnte das Volksbegehren ab, aufgrund „des Eingriffs ins Budgetrecht“. Die Initiative zieht nun vor das Verfassungsgericht und müht sich die notwendigen Gelder (30000,00 €) dafür zu sammeln.

Auch die GEW ist im KiTa - Bereich aktiv und aus jedem Bezirk sind an die Bildungsverwaltung **sog. „Brandbriefe“ aus den Kindertagesstätten** versendet worden. Der Tenor der Briefe: Der Bildungsauftrag der KiTas kann aufgrund von Personalmangel und Mängeln in der Bürokratie nicht verwirklicht werden. Sprachförderung und Entwicklungsberichte können nicht umgesetzt werden.

Der Berliner Senat steht auch mit seiner KiTa - Politik vor einem Scherbenhaufen, da ändert auch ein kostenfreies KiTa - Jahr in überforderten und überfüllten Kindertagesstätten nichts substanziell. **Zur Erinnerung: Als Rot-Rot 2001 antrat gab es 15000 ErzieherInnen. Heute sind es noch 13000 in den Einrichtungen. Als Rot-Rot antrat, war eine Erzieherin für 16 Kinder zuständig, heute für 21. (Taz, 18.3.09)**

Ebenfalls **mit einem Brandbrief wendeten sich die 63 Schulleiter aus Mitte** im November 2008 an den Bezirksbürgermeister. Die Schulleiter stellen darin fest:

„Gute Schüler fliehen in Scharen aus dem Bezirk oder aus dem öffentlichen Schulsystem. Die Gründung zahlreicher privater Schulen, oft von enttäuschten Eltern angeregt, ist eine eklatante Misstrauenserklärung an das Berliner Schulsystem.

Die bauliche Unterhaltung unserer Schulen bietet nicht einmal den normalen Standard! Ihre Ankündigung 50 Millionen in die Renovierung bzw. Instandhaltung der Berliner Schulen zu investieren, begrüßen wir, die Summe bleibt jedoch vor dem Hintergrund eines Investitionsrückstands von mehr als 900 Millionen aus unserer Sicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.“

Folgende Probleme werden weiter benannt:

„Die Sozial-Struktur-Problematik

*Die Sozial-Struktur-Problematik des Bezirkes spiegelt sich in einer hohen Kriminalitätsrate, im hohen Migrantenanteil (rd. 90 %), über 65 % sozial benachteiligte Familien, Schuldistanz, Schulabbrechern, Analphabetentum und vielen Schülerinnen und Schülern mit Integrationsstatus wieder. Die Folgen der konkreten Schülerpopulation finden in den finanziellen Zumessungen des Senats keine angemessene Berücksichtigung. Die notwendigen besonderen Unterstützungsmaßnahmen für diese Schülergruppe werden bei den Vergleichsberechnungen völlig außer Acht gelassen. **Wir haben zu hohe Klassenfrequenzen, zu wenig Teilungsstunden, keine Zeiten für Beratung und Integrationsmaßnahmen für Schüler/innen mit besonderem Förderungsbedarf. (...)***

Versorgung im Personalbereich

Die mangelhafte Besetzung der Schulsekretariate zwingt die Schulleitungen zur Übernahme von Sekretariatsarbeiten und hindert sie so an der Wahrnehmung ihrer Schulleitungsaufgaben. Ähnliche Folgen entstehen durch die Verringerung der Arbeitszeiten und der Zahl der Hausmeister. (...)

Bauliche Unterhaltung

In fast allen Schulen besteht ein Sanierungsrückstau von 20 und mehr Jahren! Mit Billiganbietern führen wir eine Mangelverwaltung. Wir haben verfallende Gebäude, eine mangelhafte Hygiene, weil Kürzungen im Reinigungsetat vorgenommen wurden. (...)

Die Summe all dieser Missstände muss zum bildungspolitischen Aus führen!“

Diese drei Initiativen zeigen, in welche Richtung die Kritik und auch die Alternativen dazu gehen müssen. Für den Rot-Roten Senat hat Sarrazin aber schon einmal im Voraus erklärt, dass es mehr Geld für die Bildungseinrichtungen in Berlin nicht geben wird.

5. Hilfloose und halbherzige Maßnahme des Berliner Senats: Ganztagsschulen, Sekundarschule und Gemeinschaftsschulen

In den vergangenen Jahren klempnerte der Rot-Rote Senat an der Berliner Schule konzeptlos herum. Ein neues Berliner Schulgesetz mit einigen gute Ansätzen wurde beschlossen, doch wurde vergessen die Beteiligung der SchülerInnen, der Eltern und LehrerInnen zu fördern bzw. diese zu schulen, um das Gesetz auch wirklich mit Leben zu füllen. Grundschulen werden zu Ganztagsschulen, ohne das bauliche und personelle Ressourcen dafür da sind. Die zehn eingerichteten Gemeinschaftsschulen sind nicht mehr als ein Farbtupfer in der Berliner Schullandschaft und zeigen eher, dass sich „Die Linke“ in der Bildungspolitik der Rot-Rot-Koalition nicht durchsetzen konnte. Mit der Einrichtung der Sekundarschulen, der Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zum Schuljahr 2010/2011, derer „Die Linke“ im Abgeordnetenhaus mit wenig murren zustimmte, wird der mögliche große Wurf in der Berliner Bildungspolitik für viele Jahre verpasst. Die Gymnasien und Privatschulen werden weiter von den „oberen 50%“ besucht werden, während die Kinder und Jugendlichen mit sozialen und ökonomischen Risiken die Sekundarschule besuchen werden.

6. Schlussfolgerungen und erste Gedanken für eine soziale Bildungspolitik in Berlin

Um eine angemessene Antwort auf die Bildungskrise in Berlin zu formulieren, müssen finanzielle Anstrengungen gefordert und eine tiefgreifende innere Reform der Berliner Schulen angestrebt werden. Erste Schritte dahin wären:

Finanzielle Anstrengungen

* Der Funktion von Bildung für die soziale und ökonomische Teilhabe muss auch finanziell Rechnung getragen werden. Das heißt konkret mehr Personal, kleinere Gruppen und Klassen und mehr Zeit für die Kinder und Jugendlichen.

* Die Investitionen zur Erhaltung und Sanierung von KiTas, Sporthallen und Schulen muss – zusätzlich zum Konjunkturpaket II - verdreifacht werden, um den weiteren Verfall zu stoppen.

* Um die Abwanderung von jungen ErzieherInnen und LehrerInnen zu stoppen, müssen in Berlin wieder tarifgerechte und angemessene Gehälter bezahlt werden. Ansonsten wird in den kommenden Jahren qualifiziertes Personal für den Bildungsbereich fehlen.

Innere Reform des Bildungssystems und den Bildungseinrichtungen

* In den Schulen soll, zumindest in den ersten acht Schuljahren, auf Zensuren verzichtet werden und an dessen Stelle schriftliche Lernentwicklungsberichte treten.

* Berlin braucht eine Gemeinschaftsschule für alle Kinder von der 1. bis zur 10. Klasse. Die Gymnasien werden abgeschafft.

* Diese Gemeinschaftsschulen stellen sich als Ganztagschulen neu auf und verabschieden sich vom alten System: Mit alternativen und modernen Unterrichtsmethoden, einem kostenlosen Mittagessen für alle Kinder, einer demokratischen Schulkultur und einem umfassenden Freizeitangebot am Nachmittag für die Kinder und Jugendlichen. Alle Beteiligten werden durch Fortbildungen und Beratung darauf umfassend vorbereitet.

Um eine glaubwürdige soziale Politik für die Berliner Schule zu entwickeln müssen diese Skizzen konkretisiert und weiter unterlegt werden. Sollte der Rot-Rote Senat 2011 abgelöst werden, ist seine gescheiterte Bildungspolitik ein wesentlicher Grund dafür.

Quellen: Bildungsbericht Berlin-Brandenburg 2009, Blickpunkt Schule-Schulstatistik 2008/2009, Mitteilung des Berliner Senats an das Abgeordnetenhaus: Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur